

Aktuell Wirtschaft Europas Schuldenkrise Spanien

Gutachten

Spaniens Banken brauchen „maximal 60 Milliarden“

21.06.2012 · Madrid braucht vom Rettungsfonds Geld für die Rettung der maroden spanischen Banken. Doch der konkrete Antrag lässt bislang auf sich warten. Die Regierung hat zwei Gutachten bestellt. Jetzt liegen sie auf dem Tisch.

Von LEO WIELAND, MADRID

Artikel



Demonstration gegen Bankia am vergangenen Samstag - „Großer Betrug“ steht auf dem Schild. © DAPD

Der Kapitalbedarf der von der Immobilienkrise angeschlagenen spanischen Banken und Sparkassen wird auf maximal rund 60 Milliarden Euro geschätzt. Sollte das Land das Hilfsangebot der EU von bis zu 100 Milliarden annehmen, bliebe damit noch ein beträchtliches „Polster“ für den Fall einer besonders negativen Wirtschaftsentwicklung in Reserve.

Zu diesem Ergebnis kamen die beiden ausländischen Beratungsunternehmen Roland Berger und Oliver Wyman, die von der Regierung unter Ministerpräsident Mariano Rajoy vor einem Monat mit der Erstellung unabhängiger Gutachten über den Zustand des Finanzsektors beauftragt worden waren.

Beide Gutachten kommen zu ähnlichen Ergebnissen

Die Resultate wurden am Donnerstagabend von dem neuen stellvertretenden Gouverneur der Notenbank Fernando Restoy und dem Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Fernando Jiménez Latorre vorgelegt. Danach beziffert Berger den Bedarf unter „normalen“ makroökonomischen Bedingungen, welche die schon begonnene Rezession in diesem Jahr einschließt, auf 25 Milliarden und unter - nicht erwarteten - „extremen“ neuen Belastungen auf bis zu 51 Milliarden.

Wyman kam zu ähnlichen Schätzungen in der ersten Variante mit 16 bis 25 Milliarden, respektive 51 bis 61 Milliarden Euro bei einem besonders „harten Stress-Szenario“.

IWF hatte Kapitalbedarf zuletzt auf 40 bis 60 Milliarden geschätzt

Beide Firmen hatten vorab nicht miteinander kommuniziert. Der Internationale Währungsfonds **IWF hatte zuletzt den Kapitalbedarf auf 40 bis 60 Milliarden geschätzt.**

Der spanische Wirtschaftsminister Luis de Guindos sagte kurz vor der Präsentation in Madrid und vor Beginn der Sitzung der Minister der Eurogruppe in Luxemburg, dass seine Regierung erst „in den nächsten Tagen“ formell einen Hilfsantrag an die EU für die Banken seines Landes stellen werde. Noch seien dafür die Details auszuhandeln, wie Laufzeit und Zinssatz.

Mit den Schätzungen des IWF und der Beratungsfirmen hat die Regierung nun aber eine konkrete Basis, um ihren Hilfsbedarf zu definieren. Berger und Wyman legten eine Gesamtanalyse für den Finanzsektor, nicht aber Einzelstudien über den Zustand und

Bedarf individueller Kreditinstitute, wie etwa die verstaatlichte Bankia vor. Dies sollen in einer zusätzlichen Transparenzübung im Auftrag der Regierung vier ebenfalls internationale Buchprüferfirmen - Deloitte, KPMO, PWC und Ernst & Young bis Ende Juli besorgen. Die Vorlage der Analysen vom Donnerstag war bis zum Ende des Handelstages an der Börse zurückgehalten worden.

Weitere Artikel

- Die Banken haben Spanien ins Unglück getrieben
- Die Liste der Euro-Krisenländer wird länger
- Spanien will Euro-Partner um Hilfe bitten
- IWF: Spaniens Banken brauchen mindestens 40 Milliarden Euro
- Im Gespräch: Volker Kauder: „Das kann Spanien kaum allein schultern“
- Was passiert jetzt genau mit Spanien?
- EZB-Rat diskutiert Notmaßnahmen
- Deutsche Bank: Jain und Fitschen raten von Eurobonds ab

Quelle: FAZ.NET

Hier können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2012
Alle Rechte vorbehalten.